

Guten Abend....

Nach dem ich leider gesundheitlich an den letzten Demos nicht teilnehmen konnte, bin ich froh, wieder hier zu stehen.

Warum? Weil man hier wenigstens erfährt, was in der Weißenfelser Politik passiert bzw. nicht passiert. Die Montagsdemo und die Online Weißenfelser Seiten sind die Informationsquellen für uns. Die Weißenfelser MZ braucht ja eine ganze Woche, um eine kleine Information über die Tagung des Hauptausschusses zu veröffentlichen. Herr Richter- das ist schon eine Auszeichnung wert, wenn Sie hierzu so lange brauchen und dabei auch nur ansatzweise berichten, was los war.

**Die Verwaltungsratssitzungen werden eine Bürgersprechstunde haben - das ist ein Erfolg von uns allen und für uns alle. Dank gilt hier auch dem Stadtrat Clemens Wanzke, der über seinen Antrag das ermöglichte.**

Herr Dr. Heunisch, ich beziehe mich auf den Artikel der MZ, bitte werfen Sie uns nicht vor, wir wären Populisten und wollen die Bürgerfragestunde als Plattform nutzen. Die Bundeszentrale für politische Bildung sagt zum Populismus:

### **„Populistisch/Populist**

[lat. populus - das Volk] Abschätzigste Bezeichnung für (populäre) Politikerinnen und Politiker und ihre Programme. Gegner werfen ihnen vor: Sie redeten dem Volk nach dem Mund, folgten populären Stimmungen und Vorurteilen, vereinfachten unzulässig komplizierte Sachverhalte und machten Versprechungen, die gar nicht einzuhalten sind.“

Wir reden niemandem zu Munde und sagen nicht was man hören möchte. Wir versprechen auch nichts. Nein, wir diskutieren sachlich und mit hohem Fachverstand zu den Problemen der Abwasserbeseitigung und den bevorstehenden Beratungen zu den Herstellungskostenbeiträgen.

Wenn Sie populistische Äußerungen einmal hören wollen, so kann ich Ihnen zwei Beispiele nennen:

1. Am 27.08.2012 stellte die CDU-Fraktion folgenden Antrag:  
„Angesichts der hohen finanziellen Belastung durch diese Beiträge für unsere Bürger stellt die CDU-Fraktion den Antrag, die Mitglieder der Verbandsversammlung zu beauftragen, das Abwasserentsorgungskonzept der Stadt Weißenfels vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf Optimierungsmöglichkeiten zur Senkung der Investitionskosten prüfen zu lassen. Alle gesetzlichen und technischen Möglichkeiten zur Minderung der Belastung müssen berücksichtigt und ausgeschöpft werden. Die Ergebnisse der Prüfung müssen Grundlage für eine Neukalkulation der Herstellungskostenbeiträge sein.“

**Das ist Populismus.** Die demographische Entwicklung in Weißenfels erfordert keinen Ausbau der Kläranlage, nein, die enorme Belastung durch die Lebensmittelindustrie sind die Ursache. Die Stellenausschreibung des AöR sagt doch aus, dass 30.000 Einwohner 90.000 Einwohnervergleichswerten der Industrie gegenüber stehen. Deshalb ist es doch auch rechtens, der HKB- Berechnung ein Verhältnis von 30:70% zugrunde zu legen.

2. Der „Saale- Unstrut- Elster- Kurier“ 10/2012 (die linke) veröffentlichte unter dem Titel -Abwassergebühren bürgerfreundlicher gestalten- unter dem Verfasser Hans Klitzschmüller:

„Die Fraktion Die LINKE setzt sich dafür ein, dass die Satzung zur Erhebung von Beiträgen des ZAW durch unabhängige Gutachter erneut auf Richtigkeit, Rechtmäßigkeit und Maßnahmen der Beitragsreduzierung überprüft und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Wir werden weiter dafür eintreten, die zu erhebenden Beiträge sozialverträglich zu gestalten und damit jede Form von kalter Enteignung verhindert wird.“

Populistisches Reden, weil seit dem vergangenen Sommer nichts in der Praxis zu spüren ist. Diese Fraktion im Weißenfelser Stadtrat zeichnet sich doch aus durch das Abbremsen jeglicher Initiativen in der oben genannten Richtung.

Also bitte, schieben Sie uns nicht in die populistische Ecke und schon garnicht, dass wir in der Verbandsversammlung der AöR eine Plattform benötigen. Wir wissen alle, dass die Gesetze des Landes Sachsen-Anhalt es erlauben, Herstellungskostenbeiträge zu verlangen. Das wollen wir auch nicht ändern. Wir wollen die Beachtung des Äquivalenzprinzips, das heißt, die Beachtung der unterschiedlichen Vorteilsnahme zwischen Lebensmittelindustrie und Bevölkerung.

Zitat:

**"Beiträge haben das Äquivalenzprinzip als die abgabenrechtliche Ausprägung des aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Das Äquivalenzprinzip verlangt im Beitragsrecht zwar keinen exakten Ausgleich von Leistung und Gegenleistung. Es fordert jedoch die Gleichwertigkeit von Leistung (beitragsfähige Maßnahme und Vorteil für das jeweilige Grundstück) und Gegenleistung (Höhe des Beitrages)."**

So aus dem Kommentar zum KAG des LSA geschrieben vom Herrn Manfred Kirchmer - Ministerialrat im Land Sachsen Anhalt und von Frau Claudia Schmidt - Stellvertretende Vorsitzende Richterin am Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt im 4. Senat

Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung 30-70 für alles das, was bisher finanziert werden musste und 100% Erweiterungskosten an die Lebensmittelindustrie mit der Fa. Tönnies an der Spitze.

Danke